

AZ: FBL I - Ko/Krö -

Drucksache Nr.: 0703/2003/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Ratsversammlung	21.06.2005	Ö	Endg. entsch. Stelle - vertagt
Ratsversammlung	06.09.2005	Ö	Endg. entsch. Stelle - an den Haupt- ausschuss zur Beratung
Hauptausschuss	27.09.2005	N	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister

Verhandlungsgegenstand:

**Personelle Situation im Fachdienst Kinder
und Jugend - Offene Kinder- und
Jugendarbeit -**

A n t r a g :

- a) Drei Planstellen mit einem Umfang von 88 Wochenstunden werden im Bereich Kinder und Jugend eingespart.
- b) Der Initiativantrag des Personalkomitees gemäß § 56 Mitbestimmungsgesetz (**Anlage 1**) und der Antrag des Fachdienstes - 44 - (**Anlage 2**) werden zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen:

Einsparung von Personalkosten in Höhe von ca. 98.000,00 Euro jährlich mit Folgewirkungen auf die Kinder- und Jugendarbeit.

B e g r ü n d u n g :

Aufgrund der Beschlussfassung der Ratsversammlung vom 15. März 2005, die vorsieht, dass die Personalaufwendungen bis 2008 um 10 % reduziert werden sollen, werden frei werdende Stellen generell nicht wiederbesetzt, da die normale Personalfluktuationsrate nicht ausreicht, um diese Zielvorgabe zu erreichen. Dies gilt - wie im vorliegenden Fall - auch für zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse, die sämtlich auslaufen.

Innerhalb der allgemeinen Verwaltung lassen sich Stellenvakanzen durch Fluktuation (noch) bis zu einem gewissen Grade durch Umschichtungen ausgleichen. Dies gilt allerdings nicht für Bereiche, für die eine besondere berufliche Qualifikation (wie hier Erzieherin / Erzieher) erforderlich ist. In diesen Fällen führen Stellenvakanzen unweigerlich zu Leistungseinschränkungen bis hin zur Schließung von Einrichtungen.

Im vorliegenden Fall hat der Personalrat einen Initiativantrag gemäß § 56 MBG gestellt, der darauf abzielt, eine bereits bestehende und zwei bevorstehende Stellenvakanzen in einem Umfang von 88 Wochenstunden umgehend wiederzubeseetzen (**siehe Anlage 1**).

Der Antrag des Personalrates geht um 20 Wochenstunden über das hinaus, was seitens der Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendarbeit beantragt wird (**siehe Anlage 2**).

Dieser Antrag zeigt auf, welche weitreichenden Folgen mit der Nichtbesetzung von zwei in Kürze frei werdenden Stellen verbunden wären.

2. Wv.

Unterlehberg
Oberbürgermeister

Anlagen:

1. Initiativantrag des Personalrates vom 01. Juni 2005
2. Antrag des Fachdienstes - 44 - vom 03. Juni 2005